

Mainz, 10. September 2009

Statement der LandesschülerInnenvertretung zum Antrag der CDU auf Einführung einer Schulbuchausleihe in Rheinland-Pfalz

Der Vorschlag der CDU zur Einführung der Lernmittelfreiheit in Rheinland-Pfalz ist eindeutig ein Schritt in die richtige Richtung, hin zur finanziellen Entlastung rheinland-pfälzischer Familien.

Vielen Familien reißt der jährliche Kauf der Schulbücher ein großes Loch in die Haushaltskasse. Oft liegen sie nur knapp über der Grenze, die zwischen Zuschuss und Selbstfinanzierung entscheidet. Zusätzlich zu den Kosten für die Schulbücher müssen noch die Kosten für Ausflüge, Arbeitsmaterialien und Projekte getragen werden. Besucht ein Kind die Schule bis zum Abitur, kommen enorme Summen zusammen, die nicht jede Familie tragen kann, auch wenn sie über der vom Staat festgelegten Einkommensgrenze zur Gewährung von Lernmittelgutscheinen liegt.

Es gibt heutzutage Familien, die entscheiden, dass ihr Kind nach dem Realschulabschluss lieber eine Berufsausbildung absolvieren und bereits Geld verdienen sollte, anstatt die durchaus kostenintensive Oberstufe eines Gymnasiums zu besuchen und mit dem Abitur abzuschließen.

Hier würde das von der CDU vorgeschlagene System der Schulbuchausleihe bereits große Abhilfe schaffen. Familien könnten damit bis zu 100€ pro Kind und Schuljahr sparen. Wenn Eltern nur noch 1/3 des Anschaffungspreises eines Schulbuches zahlen müssten, würde dies eine enorme Ersparnis bedeuten, unserer Meinung nach ist dieser Preis jedoch für die Ausleihe eines Buches, welches man im Anschluss nicht behalten kann und im Durchschnitt nur etwa 1 Jahr nutzt, noch zu hoch.

Die Höhe der Kosten für die gesamte Ausleihe sollte einen Betrag von 60 € pro Kind nicht überschreiten. Dieser Betrag ist bei einem Anteil von 1/3 des Kaufpreises bereits nach 5-6 Büchern erreicht, oft werden jedoch mehr Bücher für die Schülerinnen und Schüler benötigt.

Die restlichen Kosten der Schulbuchausleihe, die nicht von den 60 € Pauschalgebühr pro ausleihender/m SchülerIn gedeckt werden können, sollen durch eine höhere Besteuerung der kinderlosen, gut situierten Familien finanziert werden.

Der Ansatz, die Bücher nach 3-jähriger Benutzung auszutauschen wird von uns begrüßt, so kann es nicht zur Verwendung veralteter und abgenutzter Schulbücher im Unterricht kommen und eine ideale Ausgangssituation seitens der Lernmittel geschaffen werden.

Die Schulbuchausleihe bringt noch einen weiteren Vorteil mit sich:

Es kann gewährleistet werden, dass jede Schülerin und jeder Schüler auch wirklich ein Schulbuch besitzt. Im Moment besitzen bei Weitem nicht alle SchülerInnen, die in einer Unterrichtsstunde sitzen, auch ein passendes Schulbuch. Oft müssen aus Kostengründen Schulbücher, gerade wenn sie mehrere Klassenstufen übergreifen, mit Geschwistern geteilt werden und sind so nicht immer verfügbar.

Oder sie wurden bereits über mehrere Jahre von Geschwisterkind zu Geschwisterkind weitergegeben und sind mittlerweile absolut nicht mehr aktuell.

Oft werden Schulbücher nur selten genutzt und für den weiteren Verlauf der Schulzeit nicht mehr benötigt. So kommt es durchaus öfters vor, dass ein Deutschbuch für das 6. Schuljahr, welches z.B. 25 € kostete, nach wenigen Schulstunden einfach nicht mehr genutzt wird und fortan nur noch mehr oder weniger nutzlos bis zu seiner Entsorgung aufbewahrt wird. Selten wird in ein Deutschbuch der 6. Klasse nochmals in der 8. oder 9. Klasse hineingeschaut. 25 € wurden hier also so gut wie komplett verschwendet, Arbeitsblätter hätten hier den Zweck genauso gut erfüllt. Konnte das Deutschbuch jedoch für einen geringen Beitrag bei der Schule ausgeliehen und anschließend wieder zurückgegeben werden, wurden weder Ressourcen verschwendet, noch wurde die Haushaltskasse der Familien in Mitleidenschaft gezogen.

Problematisch ist unserer Meinung nach die Regelung der Ausleihe durch jede einzelne Schule. Ein Ausleihsystem bringt viel Arbeit mit sich. Die Bücher müssen zu Anfang eingebunden, gekennzeichnet und ausgegeben werden. Am Ende des Schuljahres muss jedes Buch einzeln auf Mängel kontrolliert und wieder in das System eingeordnet werden. Hierzu würde an den Schulen, zumindest zu Beginn und Ende eines Schuljahres, zusätzliches Personal benötigt, denn das bereits vorhandene Personal einer Schule kann diese Aufgaben nicht auch noch übernehmen.

Hier sind zwar laut Antragstext „Zuschüsse“ für jede Schule geplant, dies sollte aber nochmals genauer durchdacht und geprüft werden um mögliche unerwartete Kosten zu vermeiden.